

## **Beratung durch die Rentenversicherung in Büroräumen der Stadt?**

Der von der Geschäftsführung der Rentenversicherung Rheinland "angedachte" Wegzug aus Krefeld wird den Krefelder Stadtrat in seiner Sitzung am 2. Juni 2016 beschäftigen.

Zur Vorbereitung hat die FDP-Stadtratsfraktion einen Fragenkatalog an die Stadtverwaltung entwickelt.

Mitarbeiter der Rentenversicherung in Krefeld hätten eine Stellungnahme der Stadt zur möglichen Aufgabe des Service-Zentrums an der Grenzstraße erwartet und darauf hingewiesen, dass die Stadt ggf. gezwungen sein könnte, vor Ort eigenes zusätzliches Personal zur Rentenberatung zur Verfügung zu stellen. Eine Alternative dazu sei es, dass die Stadt Büros der Rentenversicherung zur Verfügung stelle, in denen Mitarbeiter der Rentenversicherung für diese weiter die Beratungsleistungen anbieten könnten.

Die FDP-Stadtratsfraktion sieht in der möglichen Aufgabe des Service-Zentrums an der Grenzstraße den "Verlust einer oberzentralen Funktion Krefelds".

"Die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Rentenversicherung sind durchaus für uns nachvollziehbar. Ein Kompromiss, mit dem beide Seiten leben könnten, wäre es, wenn Mitarbeiter der Rentenversicherung in von der Stadt zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten vor Ort beraten würden. Dies dürfte unter dem Strich für die Stadt weniger aufwändig sein, als wenn sie zusätzliches eigenes Personal für die Rentenberatung bereitstellen müsste", meint die FDP-Stadtratsfraktion.